

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

223 (25.9.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Zuifensstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Erscheinenszeiten der Redaktion: 12-1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, ober deren Raum 20 Pf., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/8-1 Uhr und nachmittags von 2-1/2 Uhr.

Nr. 223.

Karlsruhe, Montag den 25. September 1905.

25. Jahrgang.

Die Herren von Berlin.

So wenig wie der Krieg der Völker, kennt der Massenkampf moralische Bedenken. Da gilt Macht für Recht und der Erfolg allein ist's, der entscheidet. Die Bevölkerung Berlins steht heute unter dem Eindruck einer Unternehmertat, die mit stillosen Maßnahmen überhaupt nicht gemessen werden kann. Die „A. G.“, wie der Berliner die „Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft“ nennt, und die mit ihr vereinigten Siemenswerke haben plötzlich und unerwartet den Beschluß gefaßt, „zunächst“ etwa 10 000 Arbeiter auszusperren, aus dem einzigen Grunde, weil sie sich mit einer Handvoll Arbeitern über deren bestehende Lohnforderungen nicht zu einigen vermocht haben. Der glänzende Geschäftsgang der Elektrizitätsindustrie hatte die Arbeiter veranlaßt, Vorzüge dafür zu treffen, daß nicht der ganze Gewinn einer ausnehmend günstigen Konjunktur in die Taschen müßiger Kapitalisten fließe, sondern zu geringen Teilen auch der Arbeitern zugute käme. Die Verhandlungen wurden partienweise geführt und endigten, ohne die öffentliche Aufmerksamkeit in besonderer Weise auf sich zu lenken, allemal mit günstigen Vereinbarungen. Schließlich stellten auch die Metallschraubenhersteller der Wasserwerke ihre Forderungen, die Affordlöse um 5-6 Prozent bewilligen wollte. Nach der Darstellung, die die Direktion selbst gibt, soll die Proklamation des Streiks, die daraufhin erfolgte, nur durch ein Mißverständnis hervorgerufen worden sein. Sie behauptet, daß die Arbeiter nur durch die schiefste Darstellung des Verhandlungsresultates, die ihnen von einem Ausschußmitglied zuteil geworden wäre, zu ihrem Streikbeschluß gekommen wären. Hätten die Arbeiter gewußt, daß ihnen allgemein eine fünfprozentige Lohnerhöhung zugestanden sei, so würden sie, so versichert die Direktion in der Berliner Morgenpost, die Arbeit überhaupt nicht niedergelegt haben.

Statt nun das angelegte „Mißverständnis“ aufzuklären und die Verhandlungen — eventuell unter Annahme des Einigungsamtes — weiter fortzusetzen, sagten die vereinigten Direktionen den geradezu tölligen Beschluß, eine Massenauspernung ihrer Arbeiter herbeizuführen und führten diesen Beschluß aus ohne weiteres durch.

Seit Donnerstag Abend liegen zehntausend Arbeiter auf den Berliner Straßen, ruhige besonnene Leute, denen der nichtsivwürdige Streich der Unternehmern völlig übersehen kam, und die sich in den ersten Stunden für ihre plötzliche Ausbremsung überhaupt nicht bekümmerten. Man muß bedenken, daß es sich um räumlich getrennte Werke handelt und daß den scheinbar unbedeutenden Vorgängen am Momendamm bisher nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. So kam diese Auspernung wie ein Streich aus dem Hinterhalt, überraschend, verblüffend — glücklicherweise nicht für einen Augenblick verwirrend.

Schon am Freitag Nachmittag haben die Betroffenen zwei Massenversammlungen abgehalten, um über die neigegefährliche Situation zu beraten, und am Sonntag werden in zahlreichen Massenversammlungen die entscheidenden Beschlüsse gefaßt werden. Lenken die Arbeiter nicht ehestens ein, so wird die Auspernung mit weiteren Arbeitsniederlegungen beantwortet werden müssen, dann steht uns vielleicht ein sozialer Massenkampf bevor, unter dem der Boden der Reichshauptstadt wie des ganzen Reiches erzittern wird. Kommen doch zu nicht weniger als 50 000 Arbeiter, d. h. die Familienangehörigen mit eingerechnet mehrere hun-

dertausend Menschen, ein nicht unbeträchtlicher Bruchteil der reichshauptstädtischen Bevölkerung, in Betracht!

Man muß wissen, wer die Unternehmer dieser Auspernung sind, um zu begreifen, daß sie sich in ein solches geradezu verbrecherisches Abenteuer einlassen konnte. An der Spitze der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft steht Herr Rathenau, dessen Einfluß an höchsten maßgebenden Stellen höchstens von dem eines Ballin übertroffen wird. Sein Direktor aber ist Herr Voedler, vormals Leiter des Reichsversicherungsamtes. An der Spitze der Siemens-Schuckert-Werke steht Herr Rüdde, dessen Bruder — normals junger Mann der Firma Löwe — gegenwärtig preussischer Eisenbahnminister ist. Diese hohen Konnexionen scheinen die Herren zu der Annahme verleitet zu haben, daß sie die unbedingten Herren von Berlin seien, und daß sie von den Eingriffen der Staatsgewalt nichts zu befürchten hätten. Dazu kommt, daß hinter den beiden Werken in weit höherem Maße als hinter den Herren des Ruhrreviers, die Solidarität des Berliner Bankkapitals steht, dessen Einfluß auf die „öffentliche Meinung“ — soweit sie von den bürgerlichen Mächtern Berlins gemacht wird, nahezu unbegrenzt ist.

Herr Rüdde hat es denn auch einem gefälligen Pressemann vom Berliner Tagblatt offen erklärt, daß er von dem „Bruderkampf“ mit der Regierung nichts fürchtet. „Die Verhandlungen hopen“, so führt er aus, „daß die Regierung sich in diese Bewegung nicht einmischen werde, sie sind jedoch gewonnen, bei etwaigen Eingriffen den Raden freizulassen.“ Herr Rüdde wird wahrscheinlich ungefähr wissen, was er von dieser Regierung zu erwarten hat, und wenn er vor ihrer Energie keinen Respekt hat, so wird er dafür seine guten Gründe haben.

Die betroffenen Arbeiter, die mit der Auspernung zugleich die Vorkotierung durch die übrigen Metallindustriellen trifft, verfügen über keinerlei wertvolle Konnexionen nach oben hin. Wer sie rednen auf die Sympathie aller ihrer Kameraden in Berlin wie in ganzen Reihe und wollen abwarten, ob sich die Verbindungen nach oben oder die Verbindung nach unten als stärker erweisen wird. Wie selten in einem sozialen Kampfe verunbilligt sich in ihm der unüberwindliche Gegensatz zwischen dem kapitalistischen Massenstaat und dem arbeitenden Volk, zeigt sich in ihm die ganze phantastische Kollaterale einer Gesellschaftsordnung, die eine Handvoll privilegierter Nachbarn zum Herren über das Schicksal der Massen macht, wird durch ihn die sozialistische Wahrheit offenbar, die nur vom Sturze des Kapitalismus und der Helling der tiefsten sozialen Schichten erwartet. Darum wird sich in den nächsten Tagen und Wochen der Blick aller Arbeiter nach dem Kampfesplanplatz Berlins richten, wo es mancherlei zu lernen gibt!

Die Zahl der Ausgesperrten beträgt nach neueren Mitteilungen 8500. Daran sind die Allgem. Elektrizitätsgesellschaft mit 6000, die Siemens-Schuckert-Werke mit 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. Eine Komödie führen diese Werke jetzt dadurch auf, daß sie erklären, sie eröffnen am Mittwoch den Betrieb wieder, wenn die Ausständigen ihre Vereinstätigkeit zum Wiedereintritt bis heute, Montag Abend, kundgeben.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

B. & G. Jena, den 22. Sept.
5. Verhandlungstag.
(Nachmittags-Sitzung.)

Kurz nach 3 Uhr eröffnete Vorsitzender Singer die Verhandlungen. Er leitete ein Telegramm aus Köln mit, daß Neuenhans noch in Haft sei. Ein Telegramm aus Jena meldet die Auspernung aller Arbeiter der elektrischen Werke wegen einer geringen Lohnforderung. (Verheißung Witwen.)

An der eröffneten Diskussion über den Massenstreik ergab sich das Wort Bernstein: Entgegen Webel muß ich an meiner Ansicht festhalten, daß die Macht des Reichstages stark zurückgeht und die Tendenz besteht, ihn noch weiter herabzudrücken. Bei der Verhandlung der wichtigsten Urträge ist am Bundesratssitzung überhaupt kein Vertreter. (Zuruf: Wir prüfen darauf!) Der frühere Selbsterkenntnis der plötzliche Schluß haben tief in die Reihen der bürgerlichen Parteien hinein empört. Die Nichtachtung des Reichstages durch Verweigerung aller wichtigen Angelegenheiten an die Landtage kann nicht scharf genug geäußert werden. Wenn deshalb Genosse Stadthagen meine Resolution aus dem Grunde abgelehnt hat, weil sie ihm in Worten nicht scharf genug war, so erinnere er an den Mann, der die Reichstagsliste zerbrach, um sich nur im großen Meere zu wälzen. — Das Bürgerium ist nun in zweiten Kreise mit der Herrschaft der Industrie- und Handelskassen neben der Junkerfeudalität gar nicht zufrieden. (Zuruf: Du mußt natürlich das Bürgerium retten!) Genau so äußert sich der Vorstandsbereich anläßlich des Bergarbeiterstreiks. Das allgemeine Wahlrecht zu unterfragen, bin ich der letzte; ich schreibe ihm große ökonomische wie politische Wirkungen zu. Wenn nun weiter gesagt wird, wir sollten uns nicht festlegen, so sage ich im Gegenteil: Wenn uns das Wahlrecht genommen wird, müssen wir zu den äußersten Mitteln greifen. Sehen Sie sich die lex Gröber an. Es ist möglich, im Reichstag eine Verfassungsänderung durchzusetzen, ehe das Volk in Bewegung kommt. Darum muß es beizugehen gewarnt werden. Die Resolution Webel stimmt genau mit meinen Vorträgen in Dresden überein. Ich kann ihr also voller Beifall zustimmen und hoffe, daß der Kongress sie einstimmig annimmt. (Beifall.)

Seine: Ich bemerke in der Resolution Webel nur die Einseitigkeit darüber: Was werden wir mit dem Generalstreik tun? „Im geeigneten Moment“ und „gegebenenfalls“ ist keine Entscheidung, schafft keine neuen Richtlinien. Kann die Sozialdemokratie den Generalstreik machen? Auf wen kann sie dabei rechnen? Das hätte Webel erörtern sollen. Selbst Roland-Dolff eröffnet hier seine glänzende Perle. In einem Vortrag hat die Genossin Jettin ausgeführt, im Falle des Generalstreiks dürften wir uns nicht an die Gesetzmäßigkeit binden, sondern an den gesamten Boden der Macht stellen. Aber wo ist dieser unerschütterliche Granitstein? Wir haben nicht die Macht, in absehbarer Zeit, d. h. in 3 oder 4 Jahren, den Generalstreik durchzuführen. Keiner als diese Erkenntnis wäre es freilich, sich am Gefährde unserer eigenen Macht zu beruhen. Mit dem Hinweis auf die Gefahren habe ich nicht den Staatsanwalt, sondern die Genossen belehren wollen. Das gleiche hat Webel heute gegenüber dem Genossen Friedberg und gestern gegenüber dem Genossen Niebner getan. Ich halte es für meine heiligste Pflicht, öffentlich allen Genossen zu sagen, daß wir noch keine ausreichende Macht haben. Ein absolut friedlicher Streik in Deutschland wäre ein Unbiling. Junter und Burenkrateuren haben zu gute Werken, als um sich dadurch ins Wohlsein jagen zu lassen. Man hat gesagt, ich triebe Anglimacher. Angst ist das unklare Gefühl vor etwas Unbekanntem; der bekannnten Gefahr aus dem Wege zu gehen, ist Pflicht der Klugheit, besonders wenn man für andere verantwortlich ist. (Sehr laut.) In keiner ist mir das Blut der Arbeiter, die ihre Haut zu Markte tragen müssen. (Webel: Wir aber doch auch — hoffentlich!) Nein, in erster Linie leiden beim Streik die Arbeiter. Die Aussicht auf den Generalstreik, die längst gehegte Hoffnung der Reaktionsäre, die Arbeiter vor ihre Gewehre zu bekommen, wäre der beste

Anreiz für sie, das Reichstagswahlrecht anzutasten. Dann gingen Koalitions- und Vereinsrecht gleich mit verloren. Die Massen sind zum größten Teil noch unorganisiert. Organisieren wir erst weiter, werden wir vor allen Dingen. Auch die Willkür, die man nicht haben wollte, sind Volk. (Sehr richtig!) Ich sage: Kommt Zeit, kommt Rat. (Beizeugelter Beifall.)

Frohne-Wilona: Webel's gründliche Ausführungen haben die meisten der Parteigenossen wohl erst in den Stand gesetzt, ein richtiges Urteil über den Generalstreik zu erhalten. Ich habe es bisher nicht für richtig gehalten, die Kritik der Partei für den Generalstreik festzulegen. Einig sind wir wohl darüber, daß wir gegebenenfalls das Notwehrrecht haben. Die Diskussion über den Generalstreik habe ich nie abgelehnt, nur die Form unserer Diskussion habe ich bedauert. An der herrschenden Unklarheit sind wir selbst schuld. In einem Margartikel der Leipziger Volkszeitung sind fast ausschließlich Grundzüge über den Generalstreik gezeichnet worden. Webel's Rede hatte eine ganz andere Tendenz die richtige Tendenz: Gegebenenfalls, wenn die Situation günstig ist, einen Notwehrstreik. Für die Revolution, Webel kann man besonders nach der Webel'schen Rede stimmen, obwohl die besondere Hervorhebung des Generalstreiks eigentlich überflüssig ist, da vorher schon von der Anwendung aller Mittel die Rede ist. Die Diskussion muß jedenfalls ruhig geführt werden. Aber vorzüglich ist, braucht kein Meinungsverschiedener zu sein. Wir brauchen die Volksmacht nicht in Glühbühne zu treiben, in der wir besten unerfüllbare Hoffnungen wecken, das führt nur zu bösen Nachfragen. Webel hat auf die Ruhe beim Bergarbeiterstreik hingewiesen. Ein politischer Massenstreik ist denn doch noch etwas anderes. Da kann es nicht so ruhig zugehen. Die Kämpfe werden stärker werden, sehen wir ihnen mit der Entschlossenheit, die uns unsere gute Sache verleiht, entgegen. Es werden sich eine Reihe ganz besonderer Umstände verbinden müssen, um politischen Massenstreik zu ermöglichen. Die wirkliche revolutionäre Tat, die wir jetzt ermöglichen können, ist die Aufrüstung der Massen, das Licht in die Köpfe bringen. Die Debatte wird den Erfolg haben, daß die Welt sieht, daß wir in dem festen Willen, die Volksrechte zu schützen, einig sind, daß wir uns unserer Verantwortung aber ebenfalls bewußt sind. (Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Webel hat auf meine Teilnahme an der unabhängigen-Bewegung hingewiesen. Vor 15 Jahren trafen wir Webel und Singer nicht revolutionär genug. Heute bin ich in dieser Beziehung mehr als befriedigt. (Geisterzeit.) Was den politischen Massenstreik anlangt, so soll er den Wahlrechtsstreik, der Raub der Koalitionsfreiheit abwehren. Warum denn aber nicht gleich damit die ganze bürgerliche Welt, aus den Angeln heben? Da hat Friedberg ganz recht, wenn auch er diese Frage aufwirft. Nach dem Premier Parteitag hat Webel sich noch ganz anders geäußert. Er sprach, daß man gegen das Projekt des Wahlrechtsstreikes allein nichts tun soll, sondern erst, wenn ein wirklicher Angriff vorliegt. Die Situation hat sich nicht geändert. Webel ist ein praxisvoller Strategenführer, an dem man sich orientieren kann. In Deutschland nicht fertig; in 2 Tagen werden wir in Deutschland nicht fertig; ich bestreite aber, daß der Generalstreik in Deutschland überhaupt möglich ist. Sein Vergleich mit dem Bergarbeiterstreik war deplaziert. Webel hat uns über die praktische Durchführung des Streiks nichts gesagt. Er sprach von 14 Tage Hungern. Das nimmt sich in Webel's Munde sehr gut aus, aber die praktische Durchführung macht niemand mit. Ich kann nicht politischen Selbstmord begehen. Beim Generalstreik kommen wir zu russischen Zuständen, ja noch viel schlimmer. Wir haben ein viel härteres Regiment. Wir müssen also wohlüberlegt vorgehen. Wird uns das Wahlrecht gestaubt, dann werden wir es machen, wie unter dem Sozialistengesetz. (Beizeugelter Beifall.)

Warenth-Berlin: Die Arbeiterklasse denkt ganz anders darüber als hier, die steht an der Spitzbahn und dem Schranke stehen. (Sehr richtig!) Wir best alle gemeinen Wahlfreiheit fällt auch das Koalitionsrecht, darum haben die Gewerkschaften die verdammt Mühe, den Massenstreik zu diskutieren. Welche anderen Massen werden sie denn haben? Hat nicht in Italien der Massenstreik die Stimmengahlen unserer Partei verdoppelt? Die Diskussion des politischen Massenstreiks revolutioniert die Köpfe, verbreitet eine Menge Aufklärung und stärkt

Hochzeit.

Eine Bauerngeschichte von Ludwig Thoma.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Beißel zündete sich die Zigarre wieder an, die ihm beim Erzählen ausgegangen war, und blinzelte ihm Andra's hinter, um die Wirkung seiner Geschichte zu beobachten. Es war kein Zweifel, daß ihn die beiden hatten gehen hören, aber entweder waren sie von der Moral der Geschichte nicht beirrt worden, oder sie verstanden es meisterlich, ihre Gemütsbewegung zu verbergen. Andra schaute so gleichgültig wie vorher, und der Beißel hatte aufeinander jedes Interesse an dem Prozeß verloren. Der Schäfer überlegte sich, ob es nicht gut wäre, noch eine zweite Geschichte darauf zu legen, doch da öffnete sich die Türe und die Beißelin kam herein; hinter ihr die Emerenz.

„So jetzt komm ma all's o'g'schaut“, sagte die Bäuerin.

„Dat ihr's Sach g'fallen?“ fragte Andra aus der Dienede heraus.

„I glaub scho, gel Emerenz?“

Die Salvermoserin fühlte, daß nunmehr die Entscheidung nahe und verzog ihren Mund zu einem geschämigen Lächeln. „Mi hat's it schlecht g'fallen“, antwortete sie und sah dabei auf den Fußboden.

„So“, meinte Andra, „indem, daß ma aa ganz recht war, kummen mi ja z'ammheraten?“

„Mi is scho recht“, sagte Emerenz; und dann holte sie umständlich aus ihrem Handkorb den Geldbeutel hervor, nahm einen Zehaler heraus und reichte ihn dem Andra als Handgeld und zum Zeichen, daß der Vertrag in Ordnung sei. Beißel packte die in die Hände und bezogte eine Größlichkeit, die dem Ereignis angemessen war, und welche außerdem seine Person wieder etwas in den Vordergrund rückte. „So is recht! Dös lobt“, schrie er mit erhabener Stimme — „jetzt gib's Gogelzeit in Haus, Herrschafkatara, dös is amal a Paar, wo a jeba a Freud hot.“

Von den Anwesenden beteiligte sich niemand an seiner Lustigkeit, die Brautleute so wenig wie die zwei Alten, welche dem Vorgang ruhig zuschauten. Aber Beißel ließ sich nicht ir machen. „Stehst, Emerenz“, sagte er, „i ho dir's g'lagt, do genga ma nit unumstet her, zu'n Hefschhof, I mach mel Gogelzeit, de Jungerer Hozeterin soll leben bivat hoch, und da Hozeter daneben!“

„Is scho recht“, wehrte ihm Andra ab, „gib no amal an Ruach, mi missen ja no was ausmacho, mi kenna ja nit b'frieren, bal du a so schreist. Was is denn?“ wandte er sich an den Vater, „wann laß ma denn d'Ubergab verbräuen?“

„Mi is gleich. Wo mir aus an Mieta“) acht Zäg.“

„Guat, also mach ma's glei aus. Auf'n Mieta in acht Zäg genga ma z'n Notari, bal's ir recht is, Emerenz?“

„So, mi is jeder Tag g'recht.“

„Freili“, mischte sich Beißel ein, „da Mieta paßt mi aa guat, b'tellen mi ins dein'n Haglerdräu z'amm.“

„Bal's aba aufg'halten bist, brauchst nit z'emma“, erwiderte ihm Andra, „mi kenna de Sach alloa macha.“

„A, i bi it aufg'halten, i ho leicht Zeit; i hätt a so a G'schäft z'Dachau drin. I geh wieda mit da Emerenz.“

„No ja, nacha kumst halt, weinst moanst, du muast dabei sein.“

„I kumm scho, Andra, lo'st di verlassen drauf“, versicherte Beißel sehr freudlich. „Aba jetzt g'ganga ma, Emerenz“, fuhr er fort, „i moa, es wart Zeit.“

Die Salvermoserin rückte ihr Kopftuch zurecht und erklärte, daß sie gehen wolle. „Wogst it ir wog's essen, Emerenz?“ fragte die Beißelin. „Wa, i ho scho guat. Pflat ent Good.“

„Pflat Good!“

Und am Mieta in acht Zäg kemma ma in Dachau

*) Mittwoch.

„Jamm“, rief ihr Andra nach, als sie bereits die Türe verlassen hatte.

Beißel verhielt sich noch ein wenig an der Türe. Er tauchte die Finger in den Weißwasserfessel und besprengte sich. „Der Herr segne unsern Ausgang!“ sagte er mit tiefem Ernst, „adieu betnand!“

„Geh zu'n Keust, Saderlump miserablicher“, brumnte Andra vor sich hin. Aber Beißel hörte ihn nicht. Er ging gehobenen Gemütes neben Emerenz durch das Dorf, am Wirtshaus vorbei, unter dessen Türe Herr Martin Schinkel stand.

Der Schäfer lächelte als er den Hint sah und begrüßte ihn freundlich. Dieser winkte rückte nur ein wenig an seiner Schlegelkappe und sprach vor sich hin: „I ho's ja g'mußt, daß der Bzgl bei'm Schinken war. Mi lo't net o'laag'n, Freundel, do muast zeitiger aufsteh.“

Fünftes Kapitel.

Es war Mittwoch und Schranntag in Dachau. Vor dem Strauß standen Weiterwagen, hochgepaßt mit Krattschöpfen, die von Kaufmännigen geleitet wurden. Da und dort sammelten sich Leute um einen Bauern, der seine Ferkel heringebracht hatte und jetzt die quiekenden Wieder eines nach dem andern bei den Hinterbeinen sahnte und zum Betrachtern in die Höhe hob. Auf dem freien Platz vor der Marktwage waren die Getreidehäufe in Reih und Glied aufgestellt. Hier herrschte das regle Leben. Händler und Bauern stritten sich um die Preise, zwanzig Pfennige hin und her für den Zentner. Die Käufer langten in die Säcke und boten eine Hand voll Gerste oder Weizen heraus, bliesen darauf, ließen sie langsam durch die Hände laufen und fügten dann wieder das Sandeln an.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines feuilleton.

Die Opfer der Erdbeben in Italien. Der römische Korrespondent des Daily Telegraph hat eine Reise zur Aufklärung des durch die jüngsten Erdbeben angerich-

teten Schadens durch die betroffenen Gebiete gemacht und berichtet nun über seine Eindrücke folgendes: In Monteleone, dem Hauptquartier des Generals Lambertini, der die Rettungsarbeiten leitet, konnte man keinerlei statistische Zusammenfassungen über den Schaden erhalten, da die Zahl der zerstörten Dörfer in den Verdicten ständig wächst. Auf Grund privater Mitteilungen kann ich feststellen, daß im Gebiet von Monteleone die Zahl der gänzlich zerstörten Dörfer 35 beträgt, und daß 40 000 Leute mehr oder weniger gelitten haben, von denen 40 000 obdachlos sind. Ich sah fünf Dörfer bei Monteleone und ich bin außerstande, den entsetzlichen Eindruck zu schildern. Es ist z. B. Cammaro hochstädtisch ein Erdbebenort. Die Leute sind fast betäubt vor Schrecken und erwidern aus ihrer Antipathie nur, wenn neue Erdstöße kommen; aber gleich darauf verfallen sie wieder in ihre stumpfe Verwirrung zurück. Nur die Soldaten kommen vorläufig für den Bau als Zufluchtsstätten dienender Hütten in Frage. Es droht eine Hungersnot, da der Dienst zur Verteilung von Brot unzulänglich ist.

In einigen Küstengebieten besteht aber noch eine andere Gefahr, denn dort herrscht die Malaria. Laufende Lager im Freien. Wenn man bedenkt, daß es sich hier um ein kleines Gebiet handelt, und daß in anderen von der Katastrophe heimgesuchten Orten der Verlust an Menschenleben ebenso groß ist, kann man sich vorstellen, wie viele Millionen Lire und wie viele Monate Arbeit nötig sein werden, um die Folgen eines Erdstößes von nur 20 Sekunden Dauer wieder gut zu machen.

10 087 Millionäre. Einer in New Yorker Blättern veröffentlichten Statistik zufolge gibt es in ganzen 10 087 Menschen, die als Millionäre und Multimillionäre bekannt sind und ein Gesamtvermögen in Höhe von 9 000 000 000 Dollars besitzen. Die Vereinigten Staaten können allein 5027 Millionäre für eigen nennen; die anderen 5030 hauen zum großen Teile in Europa. Zu den amerikanischen Millionären zählt auch eine Notzahl mit Namen Meloin Demyche, der in Massa wohnt. Nach einer Statistik, die im Jahre 1846 veröffentlicht wurde, gab es damals in der Stadt Newyork 1023 reiche Leute, die je ein Vermögen von etwa 100 000 Dollars hatten und 23, die sich Millionäre „schimpfen“ konnten. Heute zählt die Stadt Newyork „nur“ 1300 Dollar-Millionäre und Multi-Millionäre. Wohl der reichste Mann in Australien ist Sir Jobire Clarke, der eine Anzahl in Werte von 150 000 000 Dollars besitzt. (Fortsetzung folgt.)

Landesorganisationen können wir nicht zustimmen. Wir werden uns unter diesen Umständen der Abstimmung enthalten.

Wels: Berlin: Wir Berliner bedauern, die Wortführerfrage nicht vom Parteitag entscheiden lassen zu können. Wir hoffen aber, daß unsere schon schriftliche Bescheidene (weiterer) zur zäheren, friedlicheren Lösung der Frage beitragen wird.

Dr. Kibemann: Ich erhebe Widerspruch gegen die oben angeführte Beschlusseinstellung.

Die Beschlusseinstellung wird eröffnet. Das Wort erhält Dr. Kibemann: 80 Genossen nicht nur aus ganz Süddeutschland, sondern auch aus dem Norden haben gegen die Schwächung der Landesorganisationen die schärfsten Bedenken und müssen die Verantwortung für das neue Statut ablehnen. Da Genosse Singer uns nicht gestatten wollte, unsere Erklärung zu motivieren, habe ich den Widerspruch erhoben.

Singer: In einer Geschäftsordnungsbesprechung konnte ich keine Kritik der Kommissionsbeschlüsse zulassen. Nach kurzer Debatte wird das Organisationsstatut im ganzen mit großer Mehrheit angenommen.

Es wird auf Vorschlag der Kommission beschloffen, einen Schriftführer mehr im Parteivorstand mit gleichem Gehalt wie die bisherigen anzustellen.

Es folgt die Berichterstattung der 15er-Kommission. Was schlägt folgende Resolution vor: Der Parteitag erkennt an, daß die Preisfragen der jüngsten Zeit nicht als „Literaten-Gehalt“ anzusehen sind, daß ihnen vielmehr erste sachliche, insbesondere auch prinzipielle Meinungs-Differenzen zugrunde liegen.

Der Parteitag erkennt ferner an, daß die streitenden Teile von dem Bestreben erfüllt gewesen sind, der Partei nach bestem Wissen zu dienen.

Was dagegen die Form betrifft, ist in der Diskussion zu berücksichtigen. Mit aller Entschiedenheit erhebt der Parteitag Einspruch gegen eine gefällige, die persönliche und die Parteifrage von Genossen verlebende Art der Diskussion, durch welche auch der Agitation im Lande die größten Schwierigkeiten bereitet werden.

Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß dieser Art der Diskussion nur ein Ziel zu setzen ist, daß aber selbstverständlich der sachliche Kritik der freies Spielraum gelassen werden muß.

Zur Erreichung dieses Zweckes fordert der Parteitag: 1. Die Parteischlichter und Redakteure unserer Parteikontrôle unterstellen Parteiorgane haben in erster Linie ihre Aufgaben in der prinzipiellen Aufklärung der Arbeitermassen sowie in der Bekämpfung der politischen Gegner zu sehen.

Zu dem Antrag Nürnberg-Altdorf und Eshelberg, den neuen Welt ein Inhaltsverzeichnis beizugeben, teilt der Bericht mit, daß dies in Zukunft geschehen wird.

Der Antrag Neger-Spandau: „Der Parteitag verweist die Parteigenossen erneut auf die Neue Zeit hin und verpflichtet sie zur energischen Agitation für dieselbe.“

Ein Antrag Gub en, den Name auf dem Parteitag so zu verteilen, daß die Bürgerlichen Reichertstäter die parteigenösslichen nicht in der Arbeit stören können (weiterer) wird vom Vorsitzenden Singer nicht zur Verhandlung zugelassen, da er gegen die Grundbeschlüsse der Partei über die Pressefreiheit wie gegen ihren Augen verstoße.

Große Heiterkeit erregt auch die Verlesung des folgenden Antrages von Parteigenossen in Spandau und Staaten: „Die Sozialdemokratie aller Länder möge in den gegebenen Körperlichkeiten darauf hinwirken, daß eine vom Kongress noch näher zu bestimmende Sprache (in Betracht käme wohl Französisch, Englisch oder Deutsch) zur internationalen Verständigung der Arbeiterparteien in den Ländern der öffentlichen Schulen neben dem Studium der eigenen Landessprache aufgenommen wird.“

Der Parteitag erhebt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwungen zu werden, die Zustimmung einer unzulässigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Der Parteitag erhebt ferner seine Proteste gegen die Anwendung des Zeugniszwanges für Redakteure und alle anderen bei der Presse beschuldigten Personen, wie sie neuerdings wieder von Seiten des hannoverschen Schöffengerichts gegen den Redakteur der Frankfurter Volksstimme und Stadtvorordneten Zielowski beliebt wurde.

Der Parteitag erhebt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwungen zu werden, die Zustimmung einer unzulässigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Der Parteitag erhebt ferner seine Proteste gegen die Anwendung des Zeugniszwanges für Redakteure und alle anderen bei der Presse beschuldigten Personen, wie sie neuerdings wieder von Seiten des hannoverschen Schöffengerichts gegen den Redakteur der Frankfurter Volksstimme und Stadtvorordneten Zielowski beliebt wurde.

Der Parteitag erhebt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwungen zu werden, die Zustimmung einer unzulässigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Der Parteitag erhebt ferner seine Proteste gegen die Anwendung des Zeugniszwanges für Redakteure und alle anderen bei der Presse beschuldigten Personen, wie sie neuerdings wieder von Seiten des hannoverschen Schöffengerichts gegen den Redakteur der Frankfurter Volksstimme und Stadtvorordneten Zielowski beliebt wurde.

Der Parteitag erhebt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwungen zu werden, die Zustimmung einer unzulässigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Es bleiben noch die Anträge, die sich auf Tagesordnung und den Ort des nächsten Parteitages bezogen.

Der Antrag, die Mitbestimmung auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, wird nach Begründung durch Dabidow-Berlin und Witel-Lübeck dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Für den Ort des Parteitages 1906 sind vorgeschlagen Mannheim, Stuttgart und Köln.

Dresdner-Mannheim: In unserer Stadt des größten Binnenhafens werden Sie den schönsten Saal Deutschlands zur Verfügung haben.

Der Parteitag erhebt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwungen zu werden, die Zustimmung einer unzulässigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Der Parteitag erhebt ferner seine Proteste gegen die Anwendung des Zeugniszwanges für Redakteure und alle anderen bei der Presse beschuldigten Personen, wie sie neuerdings wieder von Seiten des hannoverschen Schöffengerichts gegen den Redakteur der Frankfurter Volksstimme und Stadtvorordneten Zielowski beliebt wurde.

Der Parteitag erhebt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwungen zu werden, die Zustimmung einer unzulässigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Der Parteitag erhebt ferner seine Proteste gegen die Anwendung des Zeugniszwanges für Redakteure und alle anderen bei der Presse beschuldigten Personen, wie sie neuerdings wieder von Seiten des hannoverschen Schöffengerichts gegen den Redakteur der Frankfurter Volksstimme und Stadtvorordneten Zielowski beliebt wurde.

Der Parteitag erhebt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwungen zu werden, die Zustimmung einer unzulässigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Der Parteitag erhebt ferner seine Proteste gegen die Anwendung des Zeugniszwanges für Redakteure und alle anderen bei der Presse beschuldigten Personen, wie sie neuerdings wieder von Seiten des hannoverschen Schöffengerichts gegen den Redakteur der Frankfurter Volksstimme und Stadtvorordneten Zielowski beliebt wurde.

Der Parteitag erhebt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwungen zu werden, die Zustimmung einer unzulässigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

dem Herrn Bürgermeister Rücksprache genommen, von welchem mir abgeraten wurde. Also muß ich annehmen, daß bei Ausfertigung eines Rundschreibens, wobei meine Zukunft abhängt, mir dieselbe geschmäuert würde.

folgt Unterjoch. Der betreffende Brief ist Inhaber der Bahnhofsstation und zielt am 1. Oktober dort ab. Für sein weiteres Fortkommen ist er auf die nationalliberalen Weirichtkreise angewiesen, denn das Zeugnis hatte, ist für diese Herren maßgebend, und daß das Duden einer sozialdemokratischen Verfassung für diese Leute tonaangebend ist, unter irgend einem Grunde die Konzeption zu verweigern, habe ich u. a. selbst erfahren.

Deutsches Reich. Unsere vollendeten Rechtsgarantien. Die Volkszeitung meldet aus München folgenden symptomatischen Fall: „Die 23jährige Tochter eines Paders namens Kinds Müller ist verschiedentlich wegen Diebstahls im Rückfalle zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.“

Der Verteidiger hatte sich die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, da die Kinds Müller geistig nicht normal ist. Dieser Antrag ist bisher stets abgelehnt worden. Neuerdings brachte der Verteidiger aber das Gutachten einer Reihe von Autoritäten auf psychiatrischem Gebiete, wonach die Kinds Müller an ausgeprägter dementia praecox (Zugendirrektion) leide und für ihre Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Der Fall ist typisch: Geistesranke Proletariat wird in der modernen Gesellschaft ins Zuchthaus oder ins Gefängnis, das heftigste Verbrechermittel aber reißt in komfortablen Privatrennmaschinen der altschuldischen „Heilung“ und unantastbaren Freiheit entgegen.

Militärische China-Nachlese. Am 26. Juni d. Js. wurde in Halle-Saale der Abg. Kuntz zu 3 Monaten Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung verurteilt, wogegen von dem Angeklagten Revision, die noch in der Schwebe ist, eingelegt wurde.

Die vor den Militär-Untersuchungsrichter Geladenen wurden zu Protokoll vernommen über ihre Behauptungen in China auf den Gebieten der Zerstörung, Plünderung und Notzucht. Der richterliche Gehörten Erwartung, daß bei den Aussagen Parteigenossen ausgeschlossen sein sollten, entsprachen die Zeugen durch die Erklärung, daß es für sie nur eine Rücksicht gäbe, und zwar die auf die Wahrheit.

Dem Anschein nach handelt es sich um ein Verbrechen „wider Unbestimmtheit“; was sonst noch damit beabsichtigt wird, dürfte sich ja wohl bald zeigen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Eine Arbeiter-Ausprechung steht auch in Aussicht. Sämtliche Mitglieder des Vereins zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Interessen der Solinger Arbeiter, deren dem Metallarbeiterverband angehörige Arbeiter zu sindigen. Es kommen 27 Firmen in Solingen und Umgebung in Betracht.

Badische Chronik. CK. Offenbach, 24. Sept. Die vom Gewerkschaftsrat auf Samstag Abend einberufene Versammlung erzielte sich eines guten Erfolges. Arbeitervertreter Willi aus Karlsruhe erläuterte in verständlicher Weise die Kräfteverhältnisse und die Aufgaben der Vertreter in den Orts- bzw. Kreisverbänden, wofür ihm reichlicher Beifall zufließt.

Parteienossen, die Stimmzettel sind erkenntlich, laßt auch aber dadurch nicht abbrechen. Die Gegner wußten genau, daß wir selbständig vorgehen und hatten auch schließlich unsere Listen, aber dennoch wurde ein solches teures Papier und größeres Format genommen.

Im Auftrage des Reichstages... (faded text)

Schreiner Georg Weder aus Heidelberg, durch Scharf-
richter Müller aus Ludenburg hingerichtet. Der Mörder
war bis zum letzten Moment kaltblütig. Gestern machte
er noch die rohesten Witze über seine Tat. Heute früh
konnte er noch eine Stunde vor der Hinrichtung lagern.
Das Gesicht um Hinausziehung der Hinrichtung wurde
in letzter Stunde abgelehnt.

Hus dem Reiche.

Dankfröhen. 23. Sept. Im Kanal von Vourbourg
ertränkte sich ein isländischer Fischer namens Ballebied
mit seiner Frau und mit seinen Kindern. Das Motiv ist
die große Not der Familie.

Damburg. 22. Sept. Ein Bild sozialen
Glaubens hat eine Verhandlung vor der hiesigen Straf-
kammer. Angeklagt war die zwölfjährige Martha W.,
weil sie am 22. April einem 7 Jahre alten Knaben einen
Geldbeutel mit 45 Pf. entriß. Das Leben der Eltern
der „Straßenräuberin“ ist ein sehr trauriges. Eine el-
föhrige Familie, der Vater, häufig krank und arbeitslos,
ist dem Trunke ergeben und die Mutter nicht imstande,
den Unterhalt zu beschaffen. Oft fehlt es daher am
notwendigen. Die Mutter dieser kleinen Familie soll ihre
Kinder zum Betteln angehalten haben, weshalb sie eine
Gefängnisstrafe verbüßte. Diesmal hat die Martha W.
aus Drang, ihrer Mutter in der großen Not beihilf-
lich zu sein, den „Straßenraub“ vollführt, und da der
verurteilte Knabe sie kannte, erfolgte Anzeige und Unter-
suchung, wobei sie eingestand, gewußt zu haben, etwas
Strafbares zu tun.

Das Gericht war aber erschwerterweise dennoch der
Ansicht, daß die volle Erkenntnis über die Strafbarkeit
gemangelt habe und erkannte auf Freisprechung. Was
müssen die vielen Geschwister entbehrt haben, bis die
kleine Martha auf einen solchen Abweg kam?

Gamburg. 23. Sept. Verurteilung eines
Verführers. Die 14jährige Schülerin Luise Mann,
die ihr Kind bald nach der Geburt erdrockelte, wurde
vom Hamburger Landgericht freigesprochen, der Ver-
führer dagegen zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kattowitz. 23. Sept. Auf der Chaussee zwischen
Katharinen und Troppau wurde die 10jährige Arbeiter-
tochter Anna Döbel vom Automobil des Fürsten Lich-
nowsky aus Grätz überfahren und getötet.

Hus der Residenz.

Heute Abend Versammlung bei Mährlein
für die Wähler der Oststadt.

In Mannheim
findet der nächste deutsche Parteitag statt. Wir
begreifen diesen Beschluß, der am Samstag in
Jena gefaßt wurde, um so mehr, als in badischen
Lande noch nie ein deutscher Parteitag tagte.

In der heutigen Nummer bringen wir den
Schluß des Parteitagberichts. Unsere Leser sind
in den letzten Tagen mit Parteitagstoff reichlich
versorgt worden. Sie werden mit uns erwidern, daß
in den nächsten Wochen der Volksfreund sich
zunehmend ganz dem Wahlkampf widmen kann.

Erläuternd sei noch hinzugefügt, daß das Aus-
bleiben des Berichts über Pöbels Rede daran lag,
daß in Jena der für uns bestimmte Brief zu spät
auf die Post gegeben wurde. Er trug den Post-
stempel: 11 Uhr nachts, hätte aber bereits 4 oder
5 Uhr nachmittags von Jena abgehen müssen.

Reklamewagen 4. Klasse
konnte man, wie man uns schreibt, am Freitag und
Samstag auf dem Karlsruher Bahnhof in

Augenschein nehmen. Dieselben dürften wohl bei
den Transporten Verwendung gefunden
haben, und, da diese „Wagen“ nun doch ein-
mal ihren „Siegeszug“ in Baden gefunden
haben, so wäre es nur unser einziger Wunsch,
wenn man mit diesem Wagenmaterial eine Re-
klamefahrt durch ganz Baden veranstaltet hätte.
Auf allen größeren Stationen hätte man durch
Anhänger der 4. Klasse à la Ammon Vorträge halten
können über den „Wert“ und die „Annehmlich-
keiten“ dieser Wagen. Ob dadurch die Sympathie
beim badischen Volke für diese Karren wachsen
würde, das ist eine andere Frage.
Ein größeres Uebel könnte uns Süddeutschen nicht
aufgefallen werden. Es dünkt uns, daß man in
Lande der Vorkriegsmächte noch nicht einmal mit
4. Klasse ausreicht, denn auf einem Wagen konnten
wir noch die Aufschrift lesen „Für Arbeiter“. Auch
noch Rang und Klassenunterschiede bei der 4. Klasse,
das wäre doch etwas zu viel verlangt, wir Ar-
beiter, die wir ohnedies schon genug haben an den
bestehenden Klassen, wir werden mit allen Mitteln,
die uns zu Gebote stehen, uns zur Wehre setzen gegen
eine derartige kulturwidrige Einrichtung.

Die Wählerliste

liegt nur noch wenige Stunden auf,
wenn diese Nummer in die Hände unserer
Leser kam.

In letzter Stunde muß sich also der
Lässige noch sein Wahlrecht sichern.

Die Arbeiter-Radfahrer.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Auf der am
Sonntag, 14. September, seitens des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes Solidarität abgehaltenen
Bezirkskonferenz in Gagganau fand eine An-
rechnung, die Radfahrer sollen sich bei dem bevor-
stehenden Landtagswahlkampf tüchtig in
den Dienst der Arbeiterpartei stellen, allezeitige und
frühe Zustimmung. Es wurde betont, daß
dies geschehen ist und auch fernerhin geschieht.
Was nun die „rote Kavallerie“ zu dienstfertig
ist, dürfen die Arbeiter-Radfahrer auch verlangen,
daß sie von der Partei resp. von der Presse be-
richtigt werden. Wie unsere Brudervereinigungen,
die Arbeiter-Lern- und Gesangsvereine die „Preis-
macherei“ hervorheben, so auch die Radfahrervereine.
Gerade diese Tatsache erhöht unsere Agitation
sehr. Es ist deshalb nicht wünschenswert, daß
der Volksfreund — und soweit ich konstatieren
kann, die gesamte Parteipresse — sehr oft Verichte
er statfindende oder veranstaltete Rennen bringt.
Wir Arbeiter-Radfahrer haben daran gar kein In-
teresse; andererseits wird unsere Agitation durch eine
derartige Taktik seitens der Parteipresse nahezu
lahmgelegt. Wir wollen hoffen, daß in dieser
Hinsicht eine Veränderung eintritt; dann ist der
Zweck dieser Zeilen erreicht.

Billigeres Bier?

Der Hektoliter Bier wird durchschnittlich 1 Mark
für die nächste Brausaison billiger herzustellen
sein, da Hopfen und Gerste wesentlich bil-
liger als im vorigen Jahre sind. Hopfen ist
50 Proz. billiger als im vorigen Jahre (Sauer
Hopfen kostete damals 280 bis 290 Kronen, jetzt nur
120 Kronen), auch Gerste stellt sich erheblich billiger
und zwar in Weizen um 2 Kronen für den Dop-
pelzentner. So schreibt das Zentralblatt für das
deutsche Brauwirtschaftsgewerbe, daß aber bezeichnender-
weise die Frage hinzu: ob die Brauereien das
Bier wohl deshalb billiger abgeben werden?

Das glauben wir kaum, denn in Brauereikreisen
war in diesem Jahre ein derart allgemeines Jam-
mern und Wehklagen über den schlechten Geschäfts-
gang, daß man annehmen mußte, manche, namentlich
Privatbetriebe, stehen der Pleite bedenklich
näher, als etwas anderem. Andererseits fürchten
die Brauereien auch die Anti-Alkoholverbewegung, die
Wohlfahrtsvereine, die neuerdings angeblich etwas Ab-
bruch tun sollen. Um diesen Einfluß abzumindern,
suchen die Brauereien mit dem nicht mehr unge-
wöhnlichen Mittel der Großhändlerreklame „Ein
Gläschen in Ehren“ nachzuweisen, daß ein
mäßiger Biergenuss der Gesundheit nur för-
derlich sei. Wir wollen das Gegenteil nicht be-
haupten.

• Selbstmord. Am 16. d. M., abends 9 Uhr, stürzte
sich ein unbekannter, etwa 50 Jahre alter, gut gekleideter
Mann in den Rhein und konnte trotz der sofortigen
Rettungsversuche des Brückenpersonals nicht mehr ge-
rettet werden.

• Unbekanntes werden dem großh. Bezirksamt
vorgelegt: 3 Gesuche um Aufnahme in den badischen
Staatsverband sowie die Gesuche des Wirts Adolf Wolf
in Jagen um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft
zum Ambos, Palanenstraße Nr. 45 und zum Ausschank
von Branntwein dafelbst, des Wirts Leopold Barth in
Oben-Raben um Erlaubnis zum Betrieb der Schank-
wirtschaft mit Branntweinschank zum Löwenraden, Kaiser-
straße Nr. 17, des Wirtes Heinrich Spolter in Weis-
garten um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft
mit Branntweinschank zur Stadt Sedan, Gottesackerstr.
Nr. 19, des Hotelwirts Karl Johann Wirt hier um
Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Brannt-
weinschank Bielandstraße Nr. 6, des Heinrich Witten-
lepper, Direktors des Königl. Kurhauses im Bad Brilonen,
um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Brannt-
weinschank zum Tücher Krug, Dammwald-Allee Nr. 2,
der Frau Frieda Mühle geb. Dehler hier um Genehmi-
gung zur Verlegung ihrer Schankwirtschaftslokalität
von Werderstraße Nr. 21 nach Soltenstraße Nr. 65 zum
Karlsruher Hof, und zum Ausschank von Branntwein
dafelbst, des Wirts Josef Walter um Genehmigung zur
Verlegung seiner Schankwirtschaftslokalität von
Waldenstraße Nr. 47 nach Marienstraße
Nr. 1 zum Wäldchen Hof, und der Caroline Fuchs
Wirtin hier um Erlaubnis zum Ausschank von Brannt-
wein in ihrer Wirtschaft zur Luisenalle, Braggelstraße
Nr. 22. Die Gesuche des Weglers und Wirts Ferdinand
Weder hier um Erlaubnis zur Errichtung und zum Be-
trieb einer Schankwirtschaft im Neubau Draiststraße
Nr. 29 und des Wirtes Christian Weller hier um Er-
laubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schank-
wirtschaft im Neubau Geibelstraße Nr. 8 werden dem
großh. Bezirksamt unter Vereinerung der Bedürfnisfrage
vorgelegt.

Die Revolution in Rußland.

Baku. 24. Sept. Eine von Armeniern und
Lazaren zur Wiederherstellung des Friedens ein-
geleitete Konferenz beschloß im Prinzip im
Oktober einen allgemeinen Kongress im
Kaukasus einzuberufen, auf dem die Fragen
über die rechtlichen Gründe der feindseligen
Geltung zwischen Armeniern und Lazaren besprochen
werden sollen. Sodann beschloß die Konferenz,
daß außer einer kleinen Getreidekommission von
ernstlichen Maßnahmen der Regierung zur Sicherung
des Lebens und Eigentums der Bevölkerung
eine gegenseitige materielle Solidarität, vor-
wiegend der Armenier und Lazaren im
Falle der Meuteien und Wüstenzügen ihre
Landsteuern zum Januar 1907 eingeleitet werden.
Der materielle Schaden soll den Familien der Ge-
töteten und Verwundeten wiedererstattet werden.
Zehn Muselmanen und zehn Armenier gewähr-
leisteten mit ihrem nach Millionen zählenden Ver-
mögen die genaue Beobachtung des Leberin-
kommens. Ein Schiedsgerichtshof, bestehend
aus fünf Armeniern und fünf Lazaren, wird ein-
gesetzt, um Einzelheiten des Leberin-
kommens und etwaige Schwierigkeiten zu beheben.
Das Leberin-
kommen soll vom 14. Oktober ab in
Kraft treten.

Warschau. 23. Sept. Auf den Direktor der
Aktienbrauerei Kijof u. Co., Jar emba, wurde ein
Anschlag verübt. Jar emba wurde durch einen
Revolverschuß getötet.

Letzte Post.

Berlin. 25. Sept. Die Arbeiter der Berliner
Elektrizitätswerke beschloßen, die heute zu fallende
Entscheidung über das Ultimatum der Arbeitgeber
benachteiligten Arbeitergruppen zu überlassen, welche
den Streik infolge ihres Konfliktes veranlassen.

London. 24. Sept. Das Bureau Reuters meldet
aus Peking, 24. Sept.: In dem Augenblick,
wo die Reformkommission Peking mit der
Bahn verließ, explodierte eine Bombe in
dem für sie reservierten Wagen.
Schou wurde schwer, sieben andere Mitglieder
der Kommission weniger schwer verwundet;
Bunting wurde leicht verletzt. Der Ur-
heber des Anschlages, der sich im Wagen befand,
wurde in Stücke gerissen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Kaffalia.) Heute Abend
pünktlich 8 Uhr aus besonderem Anlaß Zusammenkunft
bei Schaufelberger. Vollgültiges Ertrinken
erwartet. Der Vorstand.

Pforzheim. Heute Abend 8 Uhr 5. Versammlung.
Pforzheim. 23. Sept. 1905. 3562

Pforzheim. Heute Abend 8 Uhr 5. Versammlung.
Pforzheim. 23. Sept. 1905. 3562

Pforzheim. Heute Abend 8 Uhr 5. Versammlung.
Pforzheim. 23. Sept. 1905. 3562

Die vielseitige Verwendung von **MAGGI Würze** ist mancher Hausfrau noch unbekannt. Nicht nur Suppen und schwarzer
Bouillon, sondern auch **Saucen, Gemüsen, Salaten** usw. ver-
leiht ein kleiner Zusatz dieser trefflichen Würze unvergleichlich **feinen,
kräftigen** Geschmack. Genaue Verwendungsanleitung befindet sich
bei jedem Originalfläschchen.

Bekanntmachung.
Der von der Stadtgemeinde eingerichtete
Fischaufrufmarkt
wird am **Dienstag den 26. September d. J.**, morgens halb 8 Uhr
eröffnet. Der Verkauf von Fischen findet bis auf weiteres jeweils
Dienstag und Freitag, morgens von halb 8 Uhr an statt.
Die für diesen Zweck errichtete Verkaufshalle befindet sich hinter dem
Bierordtschub, Eingang an der Göttingerstraße.
Karlsruhe den 22. September 1905. 3562.2
Stadt, Schlacht- und Viehhofdirektion.

Auf dem Messplatz Karlsruhe.
(Hinter dem Stadtpark).
Unwiderstehlich nur vom 19.—28. September d. J.
Gebr. Hagenbecks grosse Schaustellung
„Indien“
Täglich grosse
Sensationelle Vorstellungen
75 Personen, Männer, Frauen und Kinder, 6 Elefanten, 12
Zebus — 2 Mysoreschnecken — 10 Zwerge — 3 Lippenbären z.
Bauberer, Gaukler, Bambusflöten, Kunsthandwerker, Bajaderen, Tänzerinnen,
Varettreuer, Arbeitselefanten z. z.
**Volksbelustigungen aller Art. — Elefantenreiten, Zebu-
Wettfahren, Eselreiten — Indisches Dorf — Schule —**
Bazar. 3509
Stimmen erregende Produktionen. **Kolossales Kiesenprogramm.**
Große Reklamzüge zu Ehren eines indischen Fürsten.
Täglich geöffnet von morgens 10 bis abends 9 Uhr.
Hauptvorstellung nachmittags 3, 4, 6, 7 und 9 1/2 Uhr.
Entrée: 50 Pf. (es) 1. Platz 1 Mk., Kinder unter 12
Jahren die Hälfte.

Allg. Pforzheimer Ortskrankenkasse.
Zu der am **Dienstag den 3. Oktober 1905, abends halb 9**
Uhr im Saale des „Römischen Kaiser“ stattfindenden
ordentlichen General-Versammlung
werden die Vertreter der Arbeitgeber und der Kassemittglieder hiermit
höflich eingeladen.
Tagesordnung:
1. Abnahme der Rechnung vom Jahre 1904.
2. Wahl der Rechnungsprüfungskommission.
3. Antrag auf Abhaltung von belehrenden Vorträgen über Krank-
heiten.
Pforzheim den 25. September 1905. 3573
Der Kassenvorstand.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.
Wähler-Versammlungen.
Montag den 25. September, abends 8 Uhr, für die Alt- und
Oststadt in der Restauration Mährlein, Kaiserstraße 13.
Referent: **Dr. Ludw. Franck**, Kandidat für den 1. Bezirk.
Mittwoch den 27. September, abends 8 Uhr im „Apollo-
theater“, Marienstraße 16.
Referenten: **Bedakert W. Kolb**, Kandidat für den 4. Wahl-
bezirk (Südstadt) und **Dr. Ludw. Franck**.
Tagesordnung: Die Landtagswahlen.
Freie Diskussion.
Sämtliche Wähler sind eingeladen.
Das sozialdem. Wahlkomitee.

Allg. Pforzheimer Ortskrankenkasse.
Wir geben hierdurch den Herren Ärzten, sowie unsern Mitgliedern
bekannt, daß alle Arten von Verbandstoffen
bei Herrn Anton Seinen dahier
auf unsere Rechnung abgegeben werden.
Die Abgabe erfolgt jedoch nur gegen Vorlage einer ärztlichen
Anweisung.
Nach wie vor erfolgt die Abgabe dieser Verbandstoffe auch bei unserer
Kasse selbst.
Pforzheim den 21. September 1905. 3496.3
Der Kassenvorstand.

Ausverkauf des
Konkurswarenlagers
Waldhornstraße von Joh. Göb Waldhornstraße
Nr. 30/32 Nr. 30/32 3575
sowie Verkauf billig eingekaufter Waren.
Grosses Lager in Holz- und Polstermöbeln,
bestehend aus modernen engl. Schlafzimmern, Wohnzimmer, Küchen-
einrichtungen und einzelnen Möbelstücken, als:
Büffets, Vertikals, Truhen, Schreibe- und alle Sorten andere
Tische, Schränke, Vertikals, Kompl. Betten, Vertikals, Wasch-
kommoden, Nachttische, Tischdecken, Garnituren, Divans,
Tanteils, Chaiselongues, Stühle, Spiegel und Bilder, sowie
Klein- und alle Sorten andere Möbel.
Spezialität: **Zusammenstellung kompl. Aussteuer.**
Gefaltene Sachen können auf Wunsch zurückgestellt werden.
Druckfachen aller Art werden sauber und billig an-
gefertigt in der
Buchdruckerei **Geck & Co.**

Sozialdemokrat. Verein Pforzheim.
Mittwoch den 27. September 1905, abends halb 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: „Berichterstattung vom Parteitag“.
Parteiangehörige! Erscheint zahlreich.
Der Vorstand. 3505.5

Arbeitsvergebung.
Zum Neubau der Mittelschule mit
Turnhalle und Dienstwohnung-
Gebäude an der Gartenstraße sollen
Mauerarbeit und
Gravilllieferung
im Wege der öffentlichen Ausschrei-
bung vergeben werden.
Angebotsformulare, Zeichnungen
und Bedingungen können im Rat-
haus, 2. Obergesch., Zimmer 104
abgeholt bzw. eingesehen werden.
Dafelbst sind auch die Angebote,
mit entsprechender Aufschrift versehen,
bis längstens
Mittwoch den 11. Oktober d. J.,
nachmittags 4 Uhr,
dem Schluß der Ausschreibung, ein-
zureichen.
Karlsruhe, 22. September 1905.
Stadt-Bauhauamt.

Pfänder-Versteigerung.
Am 25. und 26. ds. Mts. jeweils
nachmittags 2 Uhr anfangend, findet
eine Versteigerung unserer Pfänderver-
steigerung statt.
Zum Ausgebot kommen:
Montag: Kleider, Weißzeug,
Betten, Uhren, Ringe z.
Dienstag: gold- und silb. Uhren,
Ringe, Fundgegenstände.
An obigen Versteigerungstagen ist die
Pfandbestrafung ausnahmsweise nur
vormittags von 8 bis 12 Uhr ge-
öffnet.
Karlsruhe, 23. September 1905.
Stadt. Spar- u. Pfandleihkassen-
Verwaltung. 3574.2

Mostäpfel
der Zentner zu Mk. 6
sind in der
Kelterei
Rintheimerstraße Nr. 10
zu haben. 3541

Büglarin!
Eine perfekte Büglarin nach aus-
wärts, nur teilw. freie Kraft, wolle
sich melden. Näheres
Kappelstraße 68, III rechts.
3568

Eindeutsches Anzüge der
Stadt Karlsruhe.

2 Pferde, Haupttreffer
der Engerer, 1 Kalbin der Rabol-
zeller, viele mittlere und kleine Ge-
winne der Müllerslotterie fanden
wieder an meine glückliche Hand.
Diese Woche Ziehung
Wohlfahrtsgeld
M. 3.80, 10 St. 31. — empfiehl-
lich lange Vorrat reicht das
Bankgeschäft **Carl Göb,**
Karlsruhe.